

**24. Februar 2011**

**Rede zur Verabschiedung des städtischen Haushalts 2011**

**von Dr. Matthias Faigle (FDP), Fraktionsvorsitzender**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

der Redner soll an sich die Spannung nicht nehmen, aber vielleicht eines gleich vorweg: ich kann Ihnen nicht versprechen, dass mein heutiger Beitrag vergleichbar „unterhaltsam“ wird wie im vergangenen Jahr. Als es für die FDP höchste Zeit war, die Reißleine zu ziehen. Als ich mich veranlasst gesehen habe, aufzurütteln, klare Worte zu finden, zur Situation in unserer Stadtverwaltung.

Wenn Sie mich heute fragen, ob ich meine Rede vom 23. Februar genauso halten würde, kann ich wie folgt antworten: In der Sache: uneingeschränkt JA. In der Formulierung: an der einen oder anderen Stelle, im heutigen Wissen um die Reaktionen, vielleicht ein wenig schonender.

Die Zeit war aber unter mehreren Gesichtspunkten reif für eine Neuausrichtung. Das hatte sich doch schon Wochen und Monate vorher angekündigt.

Wenn wir uns noch einmal zurückerinnern: Wie war denn die Lage im Jahr 2009 und zum Jahreswechsel?

Mit dem Haushaltsentwurf bekamen wir Stadträte eine mittelfristige Finanzplanung vorgelegt, die für die nächsten drei Jahre eine Nettoneuverschuldung von 149 Mio. Euro vorsah. Nur einmal zur Verdeutlichung: Das entspricht in etwa dem Betrag, den unsere Stadtväter und -mütter in der Zeit nach Kriegsende bis zum Jahr 2009 an Verbindlichkeiten aufgenommen hatten. Das ganze vor dem Hintergrund einer aus damaliger Sicht vollkommen unklaren Vorstellung darüber, wie sich die

Weltwirtschaft und damit auch die Verhältnisse in Erlangen in den kommenden Jahren darstellen würden.

Als einzige Reaktion auf diese Situation hallten die Rufe nach „Keynes“ durch die Stadt. Ausgerechnet eine Philosophie, von der doch jeder wissen konnte, dass Liberale damit so ihre Probleme haben. Die Erlanger FDP hat diesen Kurs nicht mehr verstanden und den Umgang mit der gesamten Situation offen gesagt als doch etwas zu lax empfunden.

Wenn man die Jahre im Erlanger Stadtrat seit 1996 mitgemacht hat und weiß, wie schwierig es ist einen in die Schieflage geratenen Haushalt zu konsolidieren, dann steuert man lieber von Beginn an einen Kurs, der die berechtigten Wünsche nach städtischen Leistungen in eine nachhaltige und ausgeglichene Übereinstimmung mit den finanziellen Rahmenbedingungen bringt. Die Jahre 2009 und 2010 waren insoweit „Sündenfälle“ und absolut fahrlässig.

Ja, wir müssen uns als FDP vorhalten – und das habe ich nun bereits wiederholt eingeräumt – dass wir diese aus heutiger Sicht ungunstigen Entwicklungen zu spät realisiert und daher zu lange mitgemacht haben. Jedenfalls bis zum 25. Februar.

Nun, was ist heute anders? Was hat sich getan?

Zunächst einmal: der verhängnisvolle Trend zu einer unausgewogenen und nicht annähernd ausfinanzierten Investitionsflut ist durchbrochen. Und was noch wichtiger sein dürfte: es war im Nachgang der letztjährigen Debatte ein Gewahrwerden der Situation in Politik und Verwaltung feststellbar, ein Aufwachen, bei manchem ein Aha-Effekt – also alles Dinge für die es sich sehr wohl „aufzurütteln“ lohnt.

Dass alle Fraktionen – unterjährig, also außerhalb der Haushaltsberatungen – mit großem Aufwand und Engagement eigene Finanzpapiere erstellt und eingebracht haben, mag nur ein Beleg für den eingetretenen Bewußtseinswandel sein.

Und noch eine Feststellung ist erlaubt: Es sind nach dem 23.02. weder Chaos noch absolute Beschlussunfähigkeit eingetreten. Zumindest für die Mitglieder meiner Fraktion kann ich erklären: Wir haben während des letzten Jahres zu einem neuen Verständnis der Zusammenarbeit mit allen Fraktionen im Stadtrat gefunden. Das heißt nicht zwangsläufig neue Mehrheiten, dafür sind die politischen Grundlinien oft einfach zu verschieden. Und es wäre vermessen, zu sagen, es handele sich dabei bereits um eine „neue Gesprächskultur“. Aber es bedeutet immerhin, eine lebhaftere und ergebnisoffenere Diskussion in den Ausschüssen und im Stadtrat.

Und ich darf persönlich hinzufügen: Es kommt mir rückblickend vor, als habe ich mir durch die doch sehr starre Blockbildung in den ersten 14 Jahren meiner Stadtratstätigkeit, zu deren Anwalt ich mich gemacht hatte, doch manchen sinnvollen und teils sogar „gar nicht unangenehmen“ Kontakt zum politischen Mitstreiter anderer Couleur verbaut. Ich habe es persönlich genossen, in den letzten 12 Monaten freier und offener agieren zu können.

Auch dies sind Gründe dafür, MDH, dass die FDP zu einer Koalition alter Machart nicht mehr zurück kehren möchte.

Wir sehen andererseits aber auch, dass jenseits des Tagesgeschäftes und einzelner Beschlüsse, etwa bei Personalfragen oder der Verabschiedung des Gesamthaushaltspakets eine gewisse Berechenbarkeit und stabile Mehrheiten auch in der Kommunalpolitik von Nöten sind.

Und wir respektieren auch, dass die Wählerinnen und Wähler der FDP an der Wahlurne im Jahr 2008 fest davon ausgehen konnten, dass es zu einer Neuauflage einer bürgerlich-liberalen Zusammenarbeit unter einem Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis kommen würde. Auch dieses Versprechen möchten wir einhalten, wobei hinzu kommt, dass andere Mehrheiten, dazu braucht man nur kurz rechnen, im Erlanger Stadtrat derzeit ohnehin nicht realistisch zu finden sind.

Wir werden also eine Zusammenarbeit mit der CSU bis 2014 ab März fortsetzen, wir werden uns nach Kräften im Interesse der Stadt arrangieren. Ein wenig politischer darf es dabei nach meinem Geschmack schon sein. Ich würde mir wünschen, dass

Fakten nicht nur aufgezählt, sondern auch bewertet werden. Insoweit habe ich heute wenig, zu wenig gehört. Wir werden und jedenfalls auch in Zukunft erlauben, Tatsachen klar zu benennen und zu kommentieren. Wir werden uns zudem bemühen, die positiven Erfahrungen, die wir während des letzten Jahres in der Zusammenarbeit mit allen Kolleginnen und Kollegen machen durften, in geeigneter Weise und an geeigneten Stellen einfließen zu lassen.

Wenn ich vorhin sagte, es hat sich nach dem Paukenschlag vom 23. Februar einiges bewegt, so lässt sich dies auch an konkreten Beispielen fest machen.

Der neue Haushalt sieht, wie im Finanzpapier der FDP gefordert, eine verstetigte jährliche Investitionsquote mit einem Volumen von 30 bis 35 Mio. EUR vor. Das ist gut so, denn weder mit großen Ausschläge in einigen Jahren nach unten, noch in anderen Jahren nach oben, kommt man dem Ziel einer nachhaltigen und ausgewogenen Investitionspolitik näher. Das hält niemanden davon ab, nach Jahren mit außerordentlich guten Haushaltsergebnissen, *nach* der erforderlichen Schuldentilgung zusätzliche Maßnahmen zu diskutieren und in einen ausfinanzierten Investitionsplan aufzunehmen. Wir werden uns als FDP dabei aber nicht ein zweites Mal überrumpeln lassen.

Man kann es nicht zu oft betonen: die Schulden von heute schränken zukünftige Generationen in deren Spielräumen und deren Freiheit ein, die finanziellen Ressourcen dorthin zu steuern, wo sie es zu ihrer Zeit für richtig halten.

Und wir werden aufgrund der „Sündenfälle“ 2009 und 2010 neue Schulden aufnehmen; und das nicht zu knapp. Betrachtet man die drei Jahre 2009 bis 2011 zusammen wird die Verschuldung der Stadt zum 31.12.2011 von 117,5 Mio. Ende 2008 auf ca. 150 bis 155 Mio. Euro angestiegen sein. Reden wir doch mal Klartext, also mit den wirklichen, nominalen Zahlen. Eine „reale“ „inflationbereinigte“ Betrachtung bewahrt uns doch in keiner Weise davor, dass der Gläubiger eines Tages eben nominal 150 Mio. EUR zurückhaben wollen wird. Und was noch gewichtiger ist: auch die Zinsen bis dahin bemessen sich doch aus dem bitteren Nominalbetrag und nicht etwa abzüglich „Skonto“.

Wir dürfen uns auch in keinster Weise von der heute auf dem Papier stehenden Nettokreditaufnahme von rund 5 Mio. täuschen lassen. Das funktioniert nur, weil wir in 2010 nicht mehr realisierte Vorhaben auch für 2011 nur zu 70% für realisierbar halten. Das funktioniert nur, weil die Kämmerei bei den geschätzten Steuerreinnahmen an die obere Grenze dessen gegangen ist, was für 2011 erwartet werden darf. Und das funktioniert insbesondere nur, weil in einem Volumen von circa 10 Mio EUR in 2010 nicht ausgeschöpfte Kreditlinien jetzt zur Finanzierung von neuen Ausgaben des Jahres 2011 herangezogen werden. Summa summarum dürfte die auf 2011 wirklich entfallende Neuverschuldung eher 15-20 Mio. als 5 Mio. EUR betragen. Vor diesen bitteren Wahrheiten dürfen wir die Augen zumindest nicht verschließen.

Andererseits ist es genauso richtig, dass gerade CSU und FDP-FWG im Erlanger Stadtrat in den Jahren von 1996 bis 2008 bewiesen haben, dass eine Rückführung städtischer Schulden kein Lippenbekenntnis bleiben muss, wenn man sich bemüht. Der genannte Schuldenstand von 117,5 Mio. EUR in 2008 bedeutete nämlich den niedrigsten Stand nach 1986 und einen Abbau ggü. 1996 um immerhin rund 14 Mio. EUR. Und damit verbinden wir auch unsere Hoffnung in einer neuen Zusammenarbeit mit den Christsozialen. Nur darf es am Ende nicht wieder heißen: wie gewonnen, so zerronnen.

Und noch eine Kennzahl müssen wir im Auge haben: das Finanzergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit. Für 2011 steht dort: - 5,8 Mio. EUR. Was bedeutet diese Zahl eigentlich? Ich darf zitieren (diesmal nicht aus dem Handbuch des Insolvenzrechts, sondern) aus dem ABC Neues Haushaltsrecht, das die Bertelsmann-Stiftung just diese Tage per Post versandt hat. Dort heißt es:

*„Im Mittelpunkt des politischen Interesses sollte das „Finanzergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit“ stehen. Es gibt Auskunft darüber, ob die Kommune im Betrachtungszeitraum Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit durch entsprechende Einzahlungen (ohne die Aufnahme von Krediten) decken kann. Damit wird deutlich, ob die Kommune den Handlungsspielraum für zukünftige Generationen nicht durch die Aufnahme*

*von Krediten zur Finanzierung der laufenden Verwaltungstätigkeit verringert hat. Die Kennzahl steht somit im Dienste der intergenerativen Gerechtigkeit.“*

Mehr ist dem nicht hinzuzufügen.

In aller Kürze: wo sind wir heute ebenfalls weiter als im Februar 2010?

Wir haben inzwischen nochmals Berater von außen geholt, uns bei unseren Konsolidierungsbemühungen zu unterstützen. Dies ging gleichfalls auf einen FDP-Antrag zurück. Wenngleich ich dazu sagen muss: Wer unseren Antrag von damals mit der Auftragsvergabe an Rödl & Partner vergleicht, wird feststellen, dass unserer Intention nicht ganz entsprochen worden ist. Zum einen erhielt Rödl & Partner den Auftrag, sich auf lediglich vier Bereiche der Stadtverwaltung zu konzentrieren, wir hätten gerne eine allumfassende Prüfung aller Bereiche gehabt. Zum anderen hätten wir es lieber gesehen, Strukturen und Prozesse zu kontrollieren, anstatt nur auf möglichst schnell umsetzbare Einsparvolumina aus zu sein. Wie schwierig letztere nämlich zu finden sind, zeigt der Kassensturz am Ende der politischen Beratungen über die Vorschläge von Rödl & Partner: Wir landen bei etwa 1,5 Mio. Euro. Das ist nur ein erster Schritt zum Abbau unseres strukturellen Defizits. Wir müssen noch einmal selbst, von Neuem und mit neuen Ansätzen und Methoden an dessen Beseitigung herangehen. Mein Wunschtraum als ehrenamtlicher Stadtrat wäre eine strukturierte, konzertierte Aktion der Stadtspitze, übrigens wie schon einmal angeregt. Ob das bis 2014 noch machbar ist, wird sich erweisen.

Was hat sich noch getan?

Es gab - sehr früh im Jahr - vorab eine 5 %ige Einsparvorgabe bei den Ämtern in deren Ausgaben und Einnahmen und eine Festlegung für einen Nullstellenplan.

Es gab erstmals einen geordneten und konsequenten Einzug von Haushaltsresten bei den Ämtern. Mit einem Millionenergebnis; also mehr als heißer Luft...

Und: wir stehen vor der Einführung des von der FDP geforderten Bauinvestitions-Controllings. Also einer neutralen, von den beteiligten Ämtern unabhängigen sachverständigen Stelle, welche bessere Information der Entscheidungsträger über Alternativen (z. B. günstigere Bauausführungen) vor und während der Bauphase gewährleisten soll.

Schließlich hat sich der Stadtrat – bemerkenswerterweise mit großer Mehrheit – zu einer Wiederbesetzungssperre durchgerungen. Auch dies hatten wir in unserem Finanzpapier Mitte des Jahres angeregt. Solche Wiederbesetzungssperren sind in anderen staatlichen Einrichtungen, ob an Universitäten oder innerhalb der Rechtspflege gang und gäbe. Wir haben uns am Ende für ein flexibles Modell entschlossen, das den Ämtern eine gewisse Entscheidungsfreiheit über die Wiederbesetzung belässt. Es verbietet nicht die Wiederbesetzung, sondern setzt den Ämtern finanzielle Anreize dafür, von einer Wiederbesetzung einer frei werdenden Stelle für einen Übergangszeitraum von zwei Monaten abzusehen. Kurz: wer eine Wiederbesetzung im Einzelfall für gewinnbringend hält, der darf, wenn er dafür zahlt.

Wir haben in diesem Jahr aufgrund unserer Bemühungen um eine grundsätzliche Neuausrichtung der städtischen Finanzpolitik und angesichts des von Rödl & Partner zu erwartenden Gutachtens von der Stellung sogenannter Einzelhaushaltsanträge abgesehen. Zudem konnten wir uns denken, was vermutlich von den anderen Fraktionen in diesem Jahr wieder beantragt wird.

Dabei sind Dinge, denen wir ohne weiteres zustimmen können, so z. B. einer Erhöhung der Mittel für Straßenunterhaltsmaßnahmen oder der Aufstockung des Ansatzes für die Heinrich-Lades-Halle, wofür wir mit unserem Dringlichkeitsantrag in der November-Stadtratssitzung ja bereits selbst deutlich plädiert hatten.

So waren aber andererseits auch wieder zahlreiche Anträge zu konstatieren, die unsere Zustimmung nicht finden können. Das betrifft in erster Linie die Forderungen aus den Reihen der SPD, der Grünen Liste und der Linken, nach einer neuerlichen Anhebung der Gewerbesteuer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich meine wir sollten es weder falsch verstehen, noch missbrauchen, wenn die örtlichen Gewerbetreibenden auf unseren letztjährigen Beschluss, die Gewerbesteuerhebesätze ab 2011 zu erhöhen nicht mit lautstarkem Protest, sondern gewissermaßen solidarisch reagiert haben. Das bedeutet aber auch, das Thema Gewerbesteuererhöhung nun für die nächsten Jahre erst einmal im Gegenzug ad acta zu legen und nicht quasi einmal auf den Appetit gekommen, sich gleich wieder einen kräftigen Nachschlag zu holen.

Wenig Verständnis finden Sie seitens der FDP auch für eine vorgeblich kreative Einnahmengenerierung á la sogenannter Kulturabgabe. Es ist mir bis heute in der Sache nicht nachvollziehbar, weshalb ein Gast, der sich zu beruflichen Zwecken in Erlangen aufhält (und das sind nun einmal die häufigsten Beweggründe für eine Hotelübernachtung in Erlangen) mit einer Sondersteuer zur Beseitigung der Erlanger Finanzprobleme beitragen soll. Noch weniger ist es ordnungspolitisch vertretbar - und ich warne davor - auf Finanzierungsprobleme der öffentlichen Hand mit immer neuen Steuern und Abgaben zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger zu reagieren. Das wird sonst zum Teufelskreislauf.

Was kommt denn als nächstes? Die Fahrradwegabgabe? Der Eintritt bei der Bergkirchweih?

Oder halten wir es wie die Niederländer im 19. Jahrhundert und führen eine Fenstersteuer ein? Mit der dummen Folge, dass es nach einem Jahr kaum noch Fenster gab.

Oder die Nachtigallensteuer in Potsdam 1844. Mit der dummen Folge, dass es nach einem Jahr kaum noch Nachtigallen gab.

Und jetzt wenden Sie dieses historische Wissen ruhig einmal auf Ihre Übernachtungssteuer an...

Und wenn Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, nicht aufhören, nach der Zweitwohnungssteuer zu rufen, die man übrigens in Nürnberg längst Leid ist, dann schießen wir demnächst zurück: mit der Einführung einer Bartsteuer. Hat es alles schon gegeben. Wer unter Zar Peter dem Großen weiter einen Bart tragen

wollte, wurde besteuert. Damit nicht genug: wer ohne Steuerquittung angetroffen wurde, wurde auf der Stelle rasiert. Dann wird es ernst, Herr Kollege Vogel!

Da sieht man doch, welche Blüten das treiben kann. Also Schluss mit solch einem Unfug.

Es ist deutlich systemkonformer mit Bund und Land weiter nachdrücklich über eine bessere Finanzausstattung der Kommunen zu verhandeln, als das bestehende ohnehin schon auswuchernde System aus Steuern und Abgaben auf kommunaler Ebene weiter zu verdichten.

Außerdem MDH: wenn Sie wirklich etwas zur Verbesserung der Einnahmensituation der Stadt unternehmen wollen, dann sind Sie aufgefordert, heute bereits die Voraussetzungen für die Einnahmen von Morgen zu schaffen; indem Sie nämlich den Weg freimachen für die Realisierung des Gewerbegebiets G6 in Tennenlohe und in dem Sie nämlich klar Position beziehen, für eine Ansiedlung des Max-Planck-Instituts und der Erweiterung unserer Universität im Erlanger Stadtsüden. Auf diesem kurzen Nenner kann man es nämlich bringen.

Die FDP-Fraktion wird dem Haushalt für das Jahr 2011, so wie er heute nach den Beratungen vorliegt, zustimmen. Wir setzen die Hoffnung darauf, dass es gelingt, den begonnenen Konsolidierungsprozess fortzusetzen und dennoch das im Wesentlichen zu erhalten, was Erlangen ausmacht.

Ich bedanke mich bei allen Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat, bei der Verwaltung und den Medien für ihr bisheriges Wirken in diesem Sinne und wünsche uns viel Erfolg bei unseren gemeinsamen Bemühungen.